

Niederschrift

über die Sitzung des

Kreistages

(18. Sitzung in der X. Wahlperiode) am

Freitag, 31. März 2023, in Höhr-Grenzhausen

- Tagungsraum des Keramikmuseums Westerwald -

Beginn der Sitzung: 15:08 Uhr

Ende der Sitzung: 18:30 Uhr

Anwesenheit:

1. Vorsitzende, Kreisbeigeordnete, Dezernenten, Büroleiterin, Schriftführer

Landrat Achim Schwickert, Vorsitzender
Erste Kreisbeigeordnete Gabriele Wieland
Kreisbeigeordneter Klaus Koch
Kreisverwaltungsdirektorin Gudrun Bendel, Büroleiterin
Kreisoberinspektorin Elisa Schröder, Schriftführerin
Amtsrat Tobias Haubrich, Pressestelle/Sitzungsdienst
Kreisinspektorin Lena Schardt, Pressestelle/Sitzungsdienst

2. Mitglieder des Kreistages

Siehe Anwesenheitsliste (Anlage I zur Niederschrift)

Tagesordnung der Sitzung des Kreistages am 31.03.2023

Öffentlicher Teil

2. Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
3. Bericht des Landrates über Angelegenheiten des Landkreises
4. Vorstellung 1. Westerwälder Behinderung, Senioren, Gesundheit, Sport Messe
5. Wahl von Ersatznachfolgern/innen in Ausschüsse des Kreistages bzw. in sonstige Ausschüsse, Beratungs- und Beschlussorgane **0661/X**
6. Fortschreibung der Pflegestrukturplanung für den Westerwaldkreis **0663/X**
7. Fortschreibung der Seniorenpolitischen Konzeption für den Westerwaldkreis **0665/X**
8. Änderung der Richtlinien zur Förderung von Maßnahmen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Seniorenpolitischen Konzeption **0664/X**
9. Radwegekonzept für Alltagsmobilität im Westerwaldkreis **0667/X**
0667/X/1
10. Beitritt zur Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Kommunen in Rheinland-Pfalz (AGFK-RLP) **0668/X**
11. ÖPNV/SPNV im Westerwaldkreis; Neue Verbandsordnung des Zweckverbandes Öffentlicher Personennahverkehr Rheinland-Pfalz Nord (ÖPNV-Nord) **0666/X**
12. Beitritt zum Kommunalen Klimapakt (KKP) **0669/X**
13. Kommunales Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation (KIPKI) **0670/X**
14. Notfalltreffpunkte in den Gemeinden fördern **0660/X**
0660/X/1
15. Verschiedenes, Anfragen, Auskünfte, Termine
16. Einwohnerfragestunde

Der Vorsitzende, Landrat Schwickert, eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Kreistages. Er stellt fest, dass zur 18. Sitzung des Kreistages in der X. Wahlperiode form- und fristgerecht eingeladen wurde. Die öffentliche Bekanntmachung der Kreistagssitzung erfolgte am 21.03.2023 in der Westerwälder Zeitung.

Sodann nimmt Landrat Schwickert unter Hinweis auf die Einhaltung der Pflichten nach § 14 LKO (Schweigepflicht), § 15 LKO (Treuepflicht) und § 16 LKO (Ausschließungsgründe) die Verpflichtung von Claudia Patricia Heidrun Schmidt, Stein-Neukirch, vor.

Mit E-Mail vom 22.03.2023 wurde der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion nachgesandt. Über den Antrag werde unter dem TOP „Notfalltreffpunkte in den Gemeinden fördern“ beraten und abgestimmt.

Verwaltungsseitig bestehe folgender Ergänzungswunsch der Tagesordnung wegen Dringlichkeit:

- **Neuaufnahme** des TOP 1 „Vertragsangelegenheit“ im nichtöffentlichen Sitzungsteil. Daraus ergäbe sich außerdem die Notwendigkeit, den TOP 2 „Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse“ im öffentlichen Sitzungsteil aufzunehmen.

Die Änderung der Tagesordnung wird einstimmig beschlossen.

Weitere Änderungen oder Erweiterungen der Tagesordnung werden auf die entsprechende Frage des Vorsitzenden hin nicht beantragt.

Der Sitzungsbeirat hat am 17.03.2023 nachstehende Redezeiten festgelegt. Der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion werde im Zuge der Redezeiten zum Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, FWG und FDP beraten.

Öffentlicher Teil:		
2.	Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse	(im Übrigen ohne Aussprache)
3.	Bericht des Landrates über Angelegenheiten des Landkreises	(im Übrigen ohne Aussprache)
4.	Vorstellung 1. Westerwälder Behinderung, Senioren, Gesundheit, Sport Messe	(im Übrigen ohne Aussprache)
5.	Wahl von Ersatznachfolgern/innen in Ausschüsse des Kreistages bzw. in sonstige Ausschüsse, Beratungs- und Beschlussorgane	(im Übrigen ohne Aussprache)
6.	Fortschreibung der Pflegestrukturplanung für den Westerwaldkreis	bis zu 5 Min. je Fraktion
7.	Fortschreibung der Seniorenpolitischen Konzeption für den Westerwaldkreis	
8.	Änderung der Richtlinien zur Förderung von Maßnahmen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Seniorenpolitischen Konzeption	
9.	Radwegekonzept für Alltagsmobilität im Westerwaldkreis	5 Min. je Fraktion vom Platz aus
10.	Beitritt zur Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Kommunen in Rheinland-Pfalz (AGFK-RLP)	(im Übrigen ohne Aussprache)
11.	ÖPNV im Westerwaldkreis; Neue Verbandsordnung des Zweckverbandes Öffentlicher Personennahverkehr Rheinland-Pfalz Nord (ÖPNV-Nord)	(im Übrigen ohne Aussprache)

12.	Beitritt zum Kommunalen Klimapakt (KKP)	(im Übrigen ohne Aussprache)
13.	Kommunales Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation (KIPKI)	(im Übrigen ohne Aussprache)
14.	Katastrophenschutz im Westerwald: Notfalltreffpunkte in den Gemeinden fördern	5 Min. je Fraktion
15.	Verschiedenes, Anfragen, Auskünfte, Termine	(im Übrigen ohne Aussprache)
16.	Einwohnerfragestunde	(im Übrigen ohne Aussprache)

Der Vorsitzende stellt die Entscheidung über die Redezeiten zur Abstimmung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

Der Vorsitzende weist auf die ausliegenden Unterlagen hin:

- Forderungsnachweis/Personalbogen
- Zusammenfassung der Anfragen von Mitgliedern des Kreistags seit der letzten Sitzung des Kreistags am 09.12.2022
- Vorlagen zu Tagesordnungspunkten 1, 9 und 14
- Flyer zur 1. Westerwälder Behinderung, Senioren, Gesundheit, Sport Messe

Sodann stellt Landrat Schwickert die Nichtöffentlichkeit her.

Kreisverwaltung
des Westerwaldkreises
in Montabaur

Sitzung des Kreistages am: **31.03.2023**

Tagesordnungspunkt: 2 Bekanntgabe der in nichtöffentlicher Sitzung
gefassten Beschlüsse

Vorlage-Nummer: **ohne Vorlage**

Landrat Schwickert ruft den Tagesordnungspunkt auf und teilt gemäß § 28 Abs. 1 S. 3 LKO mit, dass der Kreistag im nichtöffentlichen Sitzungsteil einstimmig beschlossen habe, dass zur Sicherstellung von Verkehrsbedienungen Ausgleichsleistungen an Verkehrsunternehmen in einer Größenordnung von jährlich bis zu rd. 4 Mio. Euro vertraglich vereinbart werden können. Dies gilt für den Zeitraum des Jahres 2023 und für 2024 bis zum 13.07.2024. Entsprechende zusätzliche Mittel sind im Nachtragshaushalt 2023 bzw. im Haushalt 2024 einzustellen.

Kreisverwaltung
des Westerwaldkreises
in Montabaur

Sitzung des Kreistages am: 31.03.2023

Tagesordnungspunkt: 3 Bericht des Landrates über Angelegenheiten
des Landkreises

Vorlage-Nummer: ohne Vorlage

Der Vorsitzende berichtet über folgende Themen:

- Aktuelle Informationen zur Entwicklung der Flüchtlingszahlen im Westerwaldkreis. Er erläutert insbesondere die Schwierigkeiten im Zusammenhang mit dem zur Verfügung stellen von ausreichend Wohnraum sowie sonstigen, das gesamte System betreffende Ressourcen, wie bspw. der Betreuung in Kita und Schule.

Kreisverwaltung
des Westerwaldkreises
in Montabaur

Sitzung des Kreistages am:

31.03.2023

Tagesordnungspunkt: 4

Vorstellung 1. Westerwälder Behinderung, Senioren, Gesundheit, Sport Messe

Vorlage-Nummer:

ohne Vorlage

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf und führt in die Thematik ein. Er begrüßt den Beauftragten für die Belange behinderter Menschen im Westerwaldkreis, Herrn Christoph Seimetz, und bittet ihn, den Anwesenden die Planungen zur 1. Westerwälder Behinderung, Senioren, Gesundheit, Sport Messe vorzustellen.

Christoph Seimetz stellt die Messe mündlich vor und spricht eine Einladung an die Mitglieder des Kreistags aus. Er informiert, sie werde am 15. Juli von 10:00 bis 16:00 Uhr stattfinden.

Landrat Schwickert bedankt sich für den Vortrag des Behindertenbeauftragten.

Die Mitglieder des Kreistags nehmen die Ausführungen zur Kenntnis.

Sitzung des Kreistages am: 31.03.2023

Tagesordnungspunkt: 5 Wahl von Ersatznachfolgern/innen in Ausschüsse des Kreistages bzw. in sonstige Ausschüsse, Beratungs- und Beschlussorgane

Vorlage-Nummer: 0661/X

Der Vorsitzende führt kurz in die Thematik ein und verweist im Übrigen auf die Sitzungsvorlage. Er erklärt weiter, dass Wahlen grundsätzlich im Wege geheimer Abstimmung erfolgten. Der Kreistag könne jedoch eine offene Abstimmung beschließen. Er schlage daher eine offene Abstimmung en bloc vor.

1. Beschluss:

Der Kreistag beschließt, dass die Wahlen von Ersatznachfolgern/innen in die Ausschüsse des Kreistages bzw. in sonstige Ausschüsse, Beratungs- und Beschlussorgane im Wege offener Abstimmung und en bloc erfolgen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

Der Vorsitzende stellt sodann fest, dass die vorschlagsberechtigte Kreistagsfraktion Die Linke sowie die Stadt Höhr-Grenzhausen im Vorfeld der Sitzung zur Nachbesetzung der vakanten Positionen Wahlvorschläge gemacht hätten.

2. Beschluss:

Der Kreistag wählt

- Claudia Patricia Heidrun Schmidt aus Stein-Neukirch als Stellvertreterin im Unterausschuss des Rechnungsprüfungsausschusses, als Beisitzerin im Kreisrechtsausschuss und als 1. Stellvertreterin im Beirat der Museen im Westerwald GmbH,
- Elisabeth Dietz-Bläsner aus Höhr-Grenzhausen als Mitglied in der Verbandsversammlung des Zweckverbandes Naturpark Nassau.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

Protokollnotiz: Der Vorsitzende hat an den Wahlen nicht teilgenommen (§ 29 Abs.3 Nr.1 LKO).

Sitzung des Kreistages am: 31.03.2023

- Tagesordnungspunkt: 6** Fortschreibung der Pflegestrukturplanung für den Westerwaldkreis
- Tagesordnungspunkt: 7** Fortschreibung der Seniorenpolitischen Konzeption für den Westerwaldkreis
- Tagesordnungspunkt: 8** Änderung der Richtlinien zur Förderung von Maßnahmen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Seniorenpolitischen Konzeption

Vorlage-Nummer: 0663/X, 0665/X, 0664/X

Der Vorsitzende ruft die Tagesordnungspunkte auf und führt kurz in die Thematiken ein. Er erklärt, dass der Ausschuss für Soziales, Gleichstellung und Gesundheit in seiner Sitzung am 13.02.2023 alle Empfehlungsbeschlüsse einstimmig gefasst habe.

Landrat Schwickert führt weiterhin aus, gemäß Beschlussfassung zu den Redezeiten solle eine gemeinsame Aussprache zu den Tagesordnungspunkten 6, 7 und 8 erfolgen.

Im Anschluss nehmen die Kreistagsmitglieder Karl-Heinz Boll (CDU), Gudrun Hummerich (SPD), Christian Schimmel (B90/Grüne), Stephan Bach (FWG), Gilbert Kalb (AfD), Rudolf Schwaderlapp (FDP) und Dr. Rudolf Schneider (Die Linke) die vereinbarten Redezeiten in Anspruch.

Sodann stellt Landrat Schwickert folgende Beschlussvorschläge zur Abstimmung:

TOP 6 „Fortschreibung der Pflegestrukturplanung für den Westerwaldkreis“

Beschluss:

Der Kreistag des Westerwaldkreises beschließt den Pflegestrukturplan für den Westerwaldkreis (Stand Dezember 2022).

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

TOP 7 „Fortschreibung der Seniorenpolitischen Konzeption für den Westerwaldkreis“

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die Fortschreibung der Seniorenpolitischen Konzeption für den Westerwaldkreis in der vorliegenden Fassung.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

TOP 8 „Änderung der Richtlinien zur Förderung von Maßnahmen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Seniorenpolitischen Konzeption“

Beschluss:

Der Kreistag beschließt die vorliegende Änderung der „Richtlinien zur Förderung von Maßnahmen im Zusammenhang mit der Umsetzung der Seniorenpolitischen Konzeption“.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

Sitzung des Kreistages am: 31.03.2023

Tagesordnungspunkt: 9 Radwegekonzept für Alltagsmobilität im Westerwaldkreis

Vorlage-Nummer: 0667/X
0667/X/1

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf und führt in die Thematik ein. Er erklärt, im Haushaltsplan 2023 seien 500.000 Euro für Maßnahmen im Rahmen des Radwegekonzeptes vorgesehen. Sodann begrüßt er Sonja Kemena, Projektleiterin Regionalentwicklung des Büros Sweco GmbH, und bittet um deren Vortrag.

Frau Kemena stellt den Mitgliedern des Kreistags anhand einer Power-Point-Präsentation den Entwurf zum Radwegekonzept für Alltagsmobilität im Westerwaldkreis vor.

Anschließend nutzen die Kreistagsmitglieder Erich Wagner (B90/Grüne) und Jürgen Nugel (AfD) die Möglichkeit, Fragen zu stellen.

Der Vorsitzende dankt Frau Kemena für deren Vortrag.

Es schließen sich die Redebeiträge der Kreistagsmitglieder Klaus Lütkefedder (CDU), Thomas Mockenhaupt (SPD), Manfred Calmano (B90/Grüne), Christof Dickopf (FWG), Jürgen Nugel (AfD), Rainer Kempf (FDP) und Dr. Rudolf Schneider (Die Linke) an.

Landrat Schwickert fasst die genannten Ergänzungswünsche der Fraktionen zusammen und stellt folgenden Beschlussvorschlag zur Abstimmung.

Beschluss:

Der Kreistag nimmt den Entwurf des Radwegekonzepts in der jetzigen Fassung zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung,

- die Umsetzung folgender kurzfristigen Maßnahmen noch in diesem Jahr zu veranlassen:
 - o Installation von Radabstellanlagen im Schulzentrum Höhr-Grenzhausen,
 - o Planungsauftrag und Vergabe für den Lückenschluss und die Sanierung des Radweges entlang der K113 von Neuhäusel nach Simmern,
 - o Wo fehlend, Beschilderung zur Freigabe der Radwege über Wirtschaftswege,
 - o Pilotprojekte mit den Straßenverkehrsbehörden zur Einrichtung von Schutzstrei-

fen,

- das Zielnetz und die Maßnahmen mit den einzelnen Verbandsgemeinden abzustimmen,
- das Zielnetz und die Maßnahmen mit den Verantwortlichen für Radwegeplanung an Landes- und Bundesstraßen abzustimmen,
- bis September 2023 einen Vorschlag des abgestimmten Zielnetzes mit Priorisierung der Maßnahmen dem Kreistag sowie den zuständigen Ausschüssen vorzulegen,
- die empfohlene Prüfung der Radwegebeschilderung an Knotenpunkten durchzuführen,
- das Straßenbauprogramm im Haushalt 2024 und ggfls. im Nachtragshaushalt 2023 um Maßnahmen aus dem Radwegekonzept zu erweitern,
- Radfahrerinteressengruppen nochmal zu beteiligen,
- zur weiteren Beschlussfassung und Beratung der Angelegenheit kommt nach Vorbefassung der Fachausschüsse der Punkt auf die Tagesordnung der Kreistagssitzung am 06.10.2023, damit alle Kreistagsfraktionen die Möglichkeit erhalten, ergänzende Anträge zu stellen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

Kreisverwaltung
des Westerwaldkreises
in Montabaur

Sitzung des Kreistages am: 31.03.2023

Tagesordnungspunkt: 10 Beitritt zur Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und
fahrradfreundlicher Kommunen in Rheinland-
Pfalz (AGFK-RLP)

Vorlage-Nummer: 0668/X

Landrat Schwickert ruft den Tagesordnungspunkt auf, führt in die Thematik ein und verweist im Übrigen auf die Sitzungsvorlage.

Beschluss:

Der Kreistag beschließt den Beitritt in den eingetragenen Verein - Arbeitsgemeinschaft fußgänger- und fahrradfreundlicher Kommunen in Rheinland-Pfalz e.V (AGFK-RLP).

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

Sitzung des Kreistages am: 31.03.2023

Tagesordnungspunkt: 11 ÖPNV/SPNV im Westerwaldkreis; Neue Verbandsordnung des Zweckverbandes Öffentlicher Personennahverkehr Rheinland-Pfalz Nord (ÖPNV-Nord)

Vorlage-Nummer: 0666/X

Der Vorsitzende ruft den Tagesordnungspunkt auf, führt in die Thematik ein und verweist im Übrigen auf die Sitzungsvorlage. Er informiert, die Verbandsordnung sei ebenfalls in der Verbandsversammlung SPNV Nord beschlossen worden. Diese Sitzung habe am Vormittag stattgefunden.

Beschluss:

Auf Basis der Abstimmung in den beiden Mitglieder-Workshops zur neuen Verbandsordnung des Zweckverbandes Öffentlicher Personennahverkehr Rheinland-Pfalz Nord beschließt der Kreistag des Westerwaldkreises, auf Empfehlung des Kreisausschusses und des Ausschusses für Verkehr und Wirtschaft, die der Vorlage als Anlage 1 beigefügte neue Verbandsordnung des ÖPNV-Nord.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

Sitzung des Kreistages am: 31.03.2023

Tagesordnungspunkt: 12 Beitritt zum Kommunalen Klimapakt (KKP)

Vorlage-Nummer: 0669/X

Landrat Schwickert ruft den Tagesordnungspunkt auf, führt in die Thematik ein und verweist im Übrigen auf die Sitzungsvorlage.

Beschluss:

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Der Westerwaldkreis tritt dem Kommunalen Klimapakt bei.

Damit verpflichtet er sich, seine Aktivitäten sowohl im Klimaschutz, als auch in der Anpassung an Klimawandelfolgen zu verstärken und dabei ambitioniert vorzugehen. Er benennt dazu folgende Ziele und Maßnahmen und bringt diese in das weitere Verfahren ein:

1. Personelle Verstetigung des Klimaschutzmanagements.
2. Einführung eines flächendeckenden kommunalen Energiemanagements.
3. Errichtung von Ladepunkten für BEV am Kreishaus und Prüfung von Ladepunkten für BEV an kreiseigenen Liegenschaften.
4. Digitale Erfassung und Ausbau des Radwegenetzes.
5. Motivation von Bürger*innen und Unternehmen zum Klimaschutz und Klimawandelfolgenanpassungen.

Auf dieser Basis wird die Verwaltung beauftragt,

- die vollständige Beitrittserklärung gemäß diesem Beschluss in der vorgegebenen Form zeitnah an das MKUEM abzugeben,
- zu prüfen, welche der über den KKP zur Verfügung stehenden Beratungsangebote in Anspruch genommen werden sollen und diese zeitnah und proaktiv anzufordern sowie
- entsprechende personelle Kapazitäten und organisatorische Ressourcen und Infrastruktur bereitzustellen, um den Beratungs- und Umsetzungsprozess optimal zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

Sitzung des Kreistages am: 31.03.2023

Tagesordnungspunkt: 13 Kommunales Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation (KIPKI)

Vorlage-Nummer: 0670/X

Landrat Schwickert ruft den Tagesordnungspunkt auf, führt in die Thematik ein und verweist im Übrigen auf die Sitzungsvorlage.

Beschluss:

Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:

Der Westerwaldkreis nimmt das Kommunale Investitionsprogramm Klimaschutz und Innovation (KIPKI) in Anspruch und möchte folgende vorläufige Maßnahmen zum Klimaschutz und Klimawandelfolgenanpassungen im Zeitraum zwischen dem 01.07.2023 bis zum 31.07.2026 umsetzen:

1. Errichtung einer Überdachung mit Photovoltaikanlage auf dem Parkplatz des Kreishauses,
2. Errichtung von Ladepunkten für Elektroautos am Kreishaus und potenziell weiteren kreiseigenen Liegenschaften,
3. Errichtung, Erneuerung und Erweiterung von PV-Anlagen auf kreiseigenen Liegenschaften:
 - a. Errichtung von PV-Anlagen auf Anbau und Bestand des Kreishauses,
 - b. Berufsbildende Schule Montabaur,
 - c. Berufsbildende Schule Westerburg,
4. Software und Technik eines Energiemanagementsystems,
5. Beschleunigung der Umsetzung von ÖPNV-/SPNV-Maßnahmen,
6. Sanierungsfahrplan für kreiseigene Liegenschaft,
7. Umrüstung der Innen- und Außenbeleuchtung auf energiesparende LED-Leuchten in kreiseigenen Liegenschaften,
8. Entsiegelung und naturnahe Gestaltung eines Schulhofes (IGS Selters) inklusive Anlegen eines Schul(-gemüse)gartens,
9. Förderprogramm: Balkon-PV-Anlage,
10. Förderprogramm: Klimawandelfolgenanpassungen, z.B. Regenwasserzisternen,
11. Förderprogramm: Stromspeicher bei selbstgenutzten Wohnhäusern.

Abstimmungsergebnis: Einstimmig.

Sitzung des Kreistages am: 31.03.2023

Tagesordnungspunkt: 14 Notfalltreffpunkte in den Gemeinden fördern

Vorlage-Nummer: 0660/X
0660/X/1

Landrat Schwickert ruft den Tagesordnungspunkt auf und verweist im Übrigen auf den gestellten gemeinsamen Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, FWG und FDP sowie den Antrag der SPD-Kreistagsfraktion.

In der Folge schließen sich die Redebeiträge der Kreistagsmitglieder Dr. Stephan Krempel (CDU), Michael Birk (SPD), Christian Schimmel (B90/Grüne), Rudolf May (AfD) und Dr. Rudolf Schneider (Die Linke) an. Die Kreistagsfraktionen FWG und FDP schließen sich den Worten des Kreistagsmitglieds Dr. Stephan Krempel (CDU) an.

Landrat Schwickert macht deutlich, dass die Einrichtung von Notfalltreffpunkten in den Gemeinden nach der derzeit vom Land im Rahmen von Vorträgen kommunizierten Auffassung keine Aufgabe der Landkreise im Zusammenhang mit dem Katastrophenschutz darstelle, sondern der Zuständigkeit der Gemeinden im Rahmen der Daseinsvorsorge zur Förderung der Selbsthilfe zuzuordnen sei.

Auf die entsprechende Bitte des Kreistagsmitglieds Christian Schimmel (B90/Grüne) teilt Landrat Schwickert mit, den Gremien eine Information über die Zuständigkeit der Übernahme der laufenden Kosten dieser Notfalltreffpunkte zukommen zu lassen, um dann entscheiden zu können, ob auch für diesen Aspekt eine Förderung notwendig sei. Er erklärt außerdem, dass die Förderrichtlinie im nächsten Kreistag vor der Sommerpause beraten werden solle.

Sodann stellt der Vorsitzende fest, dass der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion den weitergehenden Antrag darstelle und daher zuerst zur Abstimmung zu stellen sei.

Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen
24 Nein-Stimmen
0 Enthaltungen.

Damit ist der Antrag der SPD-Kreistagsfraktion **abgelehnt**.

Im Anschluss stellt Landrat Schwickert den gemeinsamen Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, FWG und FDP zur Abstimmung:

Abstimmungsergebnis: **36 Ja-Stimmen**
 3 Nein-Stimmen
 0 Enthaltung.

Damit ist der Antrag der CDU-Kreistagsfraktion **angenommen und folgender Beschluss gefasst:**

Im Rahmen der gemeinsamen kommunalen Anstrengungen um eine Optimierung des Katastrophenschutzes im Westerwald fördert der Westerwaldkreis die Einrichtung von geeigneten Notfalltreffpunkten in den Gemeinden. Dafür wird ein Förderprogramm aufgelegt, wonach jede Gemeinde aus dem Kreishaushalt für die Ausstattung dieser Treffpunkte einen einmaligen Zuschuss von 80 Prozent von hierfür anfallenden Anschaffungskosten, maximal 7.500 Euro erhält. Damit sollen Anschaffungen finanziert werden, die speziell der Nutzung von gemeindlichen oder gemeindlich nutzbaren Gemeinschaftsräumen im Katastrophenfall dienen. Die Verwaltung wird beauftragt, eine an den nachfolgenden Eckpunkten orientierte Förderrichtlinie zu entwerfen und dem Kreistag zur Beschlussfassung vorzulegen. Investive Haushaltsmittel für das Förderprogramm sollen im Nachtragshaushalt 2023 in Höhe von 1,5 Mio. Euro bereitgestellt werden.

(Der Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, FWG und FDP ist dieser Niederschrift als **Anlage II** beigelegt.)

Kreisverwaltung
des Westerwaldkreises
in Montabaur

Sitzung des Kreistages am: 31.03.2023

Tagesordnungspunkt: 15 Verschiedenes, Anfragen, Auskünfte, Termine

Vorlage-Nummer: ohne Vorlage

15.1 Landrat Schwickert informiert, die Sitzung des Kreisausschusses werde am 17.04.2023 um 15:00 Uhr im Peter-Paul-Weinert-Saal des Kreishauses stattfinden.

Kreisverwaltung
des Westerwaldkreises
in Montabaur

Sitzung des Kreistages am: 31.03.2023

Tagesordnungspunkt: 16 Einwohnerfragestunde

Vorlage-Nummer: ohne Vorlage

Der Vorsitzende teilt mit, dass keine Einwohnerfragen vorliegen.

Mit einem Dank an die Mitglieder des Kreistages schließt Landrat Schwickert die Sitzung des Kreistages um 18:30 Uhr.

Die Schriftführerin:
gez. E. Schröder, KOI

Der Vorsitzende:
gez. LR A. Schwickert

Anlage I

zur Niederschrift
über die 18. Sitzung des

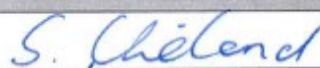
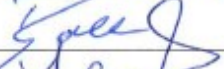
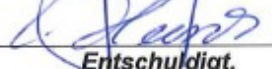
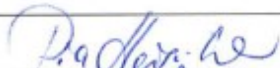
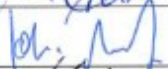
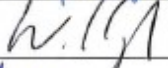
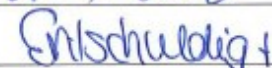
Kreistages

am 31.03.2023

Sitzung des Kreistages des Westerwaldkreises

am 31.03.2023

Anwesenheitsliste

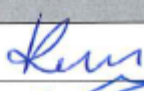
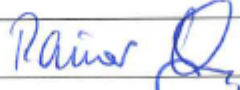
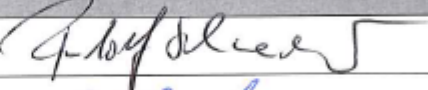
Vorsitzender	
Landrat Achim Schwickert	
Kreisbeigeordnete	
Erste Kreisbeigeordnete Gabriele Wieland	
Kreisbeigeordnete Nicole Hampel	Entschuldigt.
Kreisbeigeordneter Klaus Koch	
CDU	
1. Aller Annette	
2. Boll Karl-Heinz	
3. Groß Jennifer MdL	
4. Heinz Claudia	
5. Hübinger Alexander	Entschuldigt.
6. Hüscher-Schäfer Pia	
7. Kempf Johannes	
8. Kögler Dr. Wolfgang	
9. Krempel Dr. Stephan	
10. Lütkefedder Klaus	
11. Müller Dr. Kai	
12. Müller Gerrit	
13. Nick MdB Dr. Andreas	
14. Orthey Harald	
15. Pape Heike	
16. Richter-Hopprich Ulrich	Entschuldigt.

bis
17.55

bis
17.55

bis
17.30 Uhr

17. Seekatz Ralf MdEP	Entschuldigt.
18. Spiekermann Axel	<i>A. Spiekermann</i>
SPD	
19. Birk Michael	<i>M. B.</i>
20. Birr Harald	<i>H. Birr</i>
21. Heene Patrik	<i>P. Heene</i>
22. Hering MdL Hendrik	<i>H. Hering</i>
23. Hummerich Gudrun	<i>G. Hummerich</i>
24. Machalet Dr. Tanja <i>MdB</i>	Entschuldigt.
25. Mockenhaupt Thomas	<i>Thomas Mockenhaupt</i>
26. Schmidt Lisa	Entschuldigt.
27. Ulrich Harald	Entschuldigt.
28. Willwacher Sabine	<i>S. Willwacher</i>
Bündnis 90/Die Grünen	
29. Calmano Manfred	<i>M. Calmano</i>
30. Ehrlich-Lingens Eva	Entschuldigt.
31. Kapp, Martina	<i>M. Kapp</i>
32. Klinkhammer Regina	<i>R. Klinkhammer</i>
33. Schimmel Christian	<i>C. Schimmel</i>
34. Todt Kurt	<i>K. Todt</i>
35. Wagner Erich	<i>E. Wagner</i>
FWG	
36. Bach Stephan	<i>S. Bach</i>
37. Dickopf Christof	<i>C. Dickopf</i>
38. Frensch Christof	<i>C. Frensch</i>
39. Müller Klaus	<i>K. Müller</i>
40. Müller Peter	<i>P. Müller</i>
41. Thiesen Michael	Entschuldigt.

AfD	
42. Kalb Gilbert	
43. May Rudolf	
44. Nügel Jürgen	
45. Schäfer Andreas	Entschuldigt.
FDP	
46. Jung Patrick	Entschuldigt.
47. Kempf Rainer	
48. Schwaderlapp Rudolf	
Die LINKE	
49. Schneider Dr. Rudolf	
50. Schmidt Claudia	

bis
18.10

Verwaltung bzw. zusätzlich anwesende Personen	
Name	Unterschrift
Schröder Elisa	
Haubrich Tobias	
Schardt Lena	
Bendel Gudrun	
Kohl Lilo	bis 18.10
Hofmann Marion	
Gläser Achim	
Rehloff Simone	
	
	

Anlage II

zur Niederschrift
über die 18. Sitzung des

Kreistages

am 31.03.2023

Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, FWG und FDP für die Kreistagssitzung
zum Thema Katastrophenschutz im Westerwald:

Notfalltreffpunkte in den Gemeinden fördern

Der Kreistag möge beschließen:

Im Rahmen der gemeinsamen kommunalen Anstrengungen um eine Optimierung des Katastrophenschutzes im Westerwald fördert der Westerwaldkreis die Einrichtung von geeigneten Notfalltreffpunkten in den Gemeinden. Dafür wird ein Förderprogramm aufgelegt, wonach jede Gemeinde aus dem Kreishaushalt für die Ausstattung dieser Treffpunkte einen einmaligen Zuschuss von 80 Prozent von hierfür anfallenden Anschaffungskosten, maximal 7.500 Euro erhält. Damit sollen Anschaffungen finanziert werden, die speziell der Nutzung von gemeindlichen oder gemeindlich nutzbaren Gemeinschaftsräumen im Katastrophenfall dienen.

Die Verwaltung wird beauftragt, eine an den nachfolgenden Eckpunkten orientierte Förderrichtlinie zu entwerfen und dem Kreistag zur Beschlussfassung vorzulegen. Investive Haushaltsmittel für das Förderprogramm sollen im Nachtragshaushalt 2023 in Höhe von 1,5 Mio. Euro bereitgestellt werden.

Begründung:

Die Kreistagsfraktionen von CDU, FWG und FDP begrüßen ausdrücklich die gemeinsamen Bemühungen aller kommunalen Ebenen, um eine Verbesserung des Katastrophenschutzes auf der Basis der Erfahrungen aus dem Ahr-Hochwasser zu erreichen. In diesem Sinne hat der Kreistag bereits im Jahr 2022 auf Antrag der CDU-Fraktion Maßnahmen zur Unterstützung von zentralen Einrichtungen im Katastrophenfall auf den Weg gebracht.

Nachdem zwischenzeitlich insbesondere die gemeinsamen Bemühungen von Kreis und Verbandsgemeinden in enger Kooperation vorangebracht werden, zeigt sich darüber hinaus auch der Bedarf zur Einbindung der Ortsgemeinden in das Gesamtkonzept. Wichtig sind dabei nach den Erfahrungen vergangener Katastrophenereignisse die Einrichtungen von zentralen Notfalltreffpunkten neben den ggfs. vorhandenen Feuerwehrgerätehäusern in jeder Gemeinde. Aus vielfältigen Gründen erscheint es von erheblicher Bedeutung, dass in jeder Gemeinde an einem für die Bevölkerung gut erreichbaren Ort ein zentraler Treffpunkt eingerichtet wird, wohin sich die Menschen im Notfall wenden können. Dieser muss in der Gemeinde ausreichend bekannt gemacht werden und für den Notfall mit den erforderlichen Ausstattungen wie Notstromversorgung, Not-Beheizung und steter kommunikativer Erreichbarkeit ausgerüstet werden.

Diese Notfall-Treffpunkte stellen wichtige Erstanlaufstellen für die Bevölkerung dar, können aber auch für einen begrenzten Zeitraum der Unterbringung und Versorgung und auch der Lagerung von Hilfsgütern dienen. Dafür müssen diese Räume wie beispielsweise Dorfgemeinschaftshäuser oder Sporthallen zusätzlich ausgestattet und vorsorglich vorbereitet werden.

Die für diese Anschaffungen entstehenden kommunalen Aufwendungen sollen durch ein Förderprogramm des Westerwaldkreises mit unterstützt werden. Nach Vorstellungen der antragsstellenden Fraktionen soll dafür ein Programm mit einem Gesamtvolumen von 1,5 Millionen Euro aufgelegt werden. Gefördert werden spezifische Anschaffungen wie beispielsweise Notstromaggregate, Notstromeinspeisungen, Kommunikationseinrichtungen oder Notheizungssysteme.

Jede Ortsgemeinde kann einen Antrag auf Förderung von 80 Prozent der nachgewiesenen Anschaffungskosten stellen, maximal aber 7.500 Euro pro Gemeinde. Eine zusätzliche Förderung oder Spenden von Dritten stehen der Kreisförderung nicht entgegen. Die Anträge sollen über die jeweiligen Verbandsgemeinden gesammelt und an den Kreis weitergeleitet werden. In begründeten Einzelfällen können sich auch zwei oder mehrere Gemeinden zusammentun, wodurch sich das Gesamtvolumen des Antrages entsprechend erhöht. Unabhängig vom Inkrafttreten der Richtlinie und der Bereitstellung von Haushaltsmitteln können auch bereits erfolgte Anschaffungen für diese Zwecke im Kalenderjahr 2023 gefördert werden.

Die Kreistagsfraktionen von CDU, FWG und FDP wollen damit deutlich machen, dass der Katastrophenschutz für die Bevölkerung im Westerwaldkreis eine gemeinsame Aufgabe innerhalb der kommunalen Familie ist. Im Notfall ist es wichtig, dass alle Ebenen konstruktiv zusammenarbeiten und sämtliche Bereiche im Kreis ausreichend vorbereitet sind. Neben den Katastrophenschutz-Einrichtungen von Kreis und Verbandsgemeinden ist die Erstversorgung der Bevölkerung unmittelbar in den betroffenen Gemeinden ein wichtiger Baustein eines effektiven Katastrophenschutzes. Für diese Arbeit verdienen die Ortsgemeinden Anerkennung und Unterstützung des Westerwaldkreises.